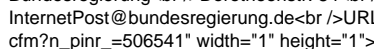




Kulturstaatsminister Bernd Neumann bei Treffen mit SED-Opferverbänden im Bundeskanzleramt: Verharmlosung und Verklärung entgegenwirken

Kulturstaatsminister Bernd Neumann bei Treffen mit SED-Opferverbänden im Bundeskanzleramt: Verharmlosung und Verklärung entgegenwirken
Kulturstaatsminister Bernd Neumann hat am (heutigen) Dienstag Vertreter der Opfer- und Betroffenenverbände sowie Bürgerinitiativen aus dem Bereich SED-Unrecht zu einem Gespräch im Bundeskanzleramt getroffen. Solche Treffen finden regelmäßig statt mit dem Ziel, sich über die Aufarbeitung der SED-Diktatur auszutauschen.
Der Staatsminister dankte den Vertretern der Opferorganisationen für ihren engagierten Beitrag, das begangene Unrecht nicht in Vergessenheit geraten zu lassen und betonte: "Es bleibt eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe, sich mit der SED-Diktatur und ihren Folgen auseinanderzusetzen und immer wieder die Unterschiede zwischen Diktatur und Demokratie klar zu benennen wie auch zu vermitteln. Deshalb fördert der Bund mit weit über 100 Mio. Euro jährlich die geschichtliche Aufarbeitung der SED-Diktatur. Es ist der erklärte Wille der Bundesregierung, einer Verharmlosung und Verklärung der kommunistischen Diktatur in SBZ und DDR entschieden entgegenzuwirken.
Eine Mehrheit befragter Jugendlicher verfügt nach den kürzlich vorgelegten Ergebnissen des vom BKM unterstützten Forschungsprojekts der Freien Universität nur über sehr geringe zeitgeschichtliche Kenntnisse. Viele Jugendliche kennen die Trennlinien zwischen Demokratie und Diktatur nicht. Dies muss alle Verantwortlichen wachrütteln und zu nachhaltigen Anstrengungen veranlassen!"
Staatsminister Bernd Neumann wies bei dem Gespräch auf die Realisierung wichtiger Vorhaben der Bundesregierung im Bereich der Aufarbeitung des SED-Unrechts hin - wie die Eröffnung des Tränenpalastes, die Sanierung der Stasi-Zentrale Haus I/ Normannenstr., die Open-Air-Ausstellung an der Gedenkstätte Bernauer Straße und die Einrichtung der Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße in Potsdam. Weitere Projekte sind zum Beispiel die vom Bund geförderten Studien zum Schicksal der Opfer des DDR-Grenzregimes an der Berliner Mauer und die derzeit laufende Studie zur ehemaligen innerdeutschen Grenze.
Neben dem Dachverband der Opferverbände Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) und dem Verband der Opfer des Stalinismus (V.O.S.) nahmen an dem Gespräch weitere überregional bedeutende Fördervereine und Bürgerinitiativen teil.
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
Dorotheenstr. 84
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 01888 / 272 - 0
Telefax: 01888 / 272 - 2555
Mail: InternetPost@bundesregierung.de
URL: <http://www.bundesregierung.de>


Pressekontakt

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

10117 Berlin

bundesregierung.de/
InternetPost@bundesregierung.de

Firmenkontakt

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

10117 Berlin

bundesregierung.de/
InternetPost@bundesregierung.de

Das Volk übt die Staatsgewalt in Wahlen aus und hat auch das letzte Wort bei der Kontrolle der wichtigsten Einrichtungen des Staates, den fünf "Verfassungsorganen". Diese sind der Bundestag und der Bundesrat mit gesetzgebenden Aufgaben ("Legislative"), das Bundesverfassungsgericht zur höchsten Rechtsprechung ("Judikative") und schließlich der Bundespräsident und die Bundesregierung, die ausführende Aufgaben übernehmen ("Exekutive"). Die Bundesregierung steuert die politischen und staatlichen Geschäfte. Sie besteht aus dem Bundeskanzler sowie den Bundesministern. Zusammen bilden sie "das Kabinett".